

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 500 Postulat Stadelmann Karin Andrea und Mit. über die Entlastung der Notfallversorgung durch gezielte und verstärkte Aufklärungsarbeit in Sachen Gesundheitssystem und Förderung der Gesundheitskompetenzen der Bevölkerung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Bernhard Steiner beantragt Ablehnung.

Karin Andrea Stadelmann hält an ihrem Postulat fest.

Karin Andrea Stadelmann: Die Gesundheitskosten sind gemäss jeder Umfrage das Problem Nummer 1. Sie sind auch das, was die Bevölkerung bewegt und was man im Portemonnaie am meisten spürt. Die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt, dass das Problem zwar erkannt ist und bereits einiges läuft. Wir alle erinnern uns beispielsweise an die Kampagne «Gehen Sie nicht wegen jedem Bobo zum Arzt» mit DJ Bobo. Aber das allein reicht noch nicht, denn eines ist klar: Unsere Notfallstationen und ihr Personal sind stark belastet. Nicht, weil die Menschen falsch handeln wollen, sondern weil sich im System oftmals zu wenig orientieren können. Genau dort setzt das Postulat an. Gesundheitskompetenzen und das Wissen darum sind kein Nice-to-have, sondern helfen entscheidend im Kampf gegen die steigenden Kosten. Wenn Menschen wissen, wohin sie sich wenden sollen, was ein Notfall ist und im Rahmen einer Erstversorgung auch durch eine Apotheke übernommen werden kann oder wo es Alternativen gibt, dann vermeiden wir Doppelspurigkeiten und dadurch unnötige Kosten. Ohne Navigation im Gesundheitssystem landen viele im falschen Ort, und zwar dort, wo es am meisten kostet. Wir sollten dort ansetzen, denn wir haben im Kanton einen grossen Hebel in der Gesundheitspolitik. Der Regierungsrat nennt richtige Ansätze: Apotheken stärken, Triage, Wegweiser Gesundheit. Aber das reicht noch nicht, sondern wir brauchen Verbindlichkeit und eine stärkere Koordination. Das Wissen muss bei der Bevölkerung ankommen. Es geht darum, Orientierung zu schaffen und dass wir nicht navigationslos unterwegs sind. Genau deshalb reicht die teilweise Erheblicherklärung nicht aus. Wenn wir die Notfallversorgung wirklich entlasten und etwas gegen die steigenden Gesundheitskosten tun wollen, wenn wir das Pflegepersonal unterstützen und es konsequent seinen Job machen lassen wollen, dann müssen wir der Erheblicherklärung zustimmen.

Bernhard Steiner: Die Stärkung der Gesundheitskompetenz und eine bessere Information im Gesundheitssystem sind grundsätzlich die richtigen Ziele. Es ist unbestritten, dass viele Menschen trotz künstlicher Intelligenz (KI) und Internet Mühe haben, ihre Krankheitssymptome richtig zu verstehen und kritisch einzuordnen. Es ist auch klar, dass nicht jede Konsultation auf dem Notfall landen muss. Der Regierungsrat hat in seiner

Stellungnahme klar dargelegt, dass das Anliegen des Postulats bereits in der kantonalen Planung mit konkreten Massnahmen bis 2030 enthalten ist. Man spricht von einem kantonalen Notfalltrriage-Projekt, Massnahmen zur Gesundheitskompetenz sowie dem Auf- und Ausbau von Gesundheitszentren und Netzwerken. Die Mittel sind bereits eingestellt. Für die Gesundheitskompetenz sind zwischen 2026 und 2030 1,35 Millionen Franken gesprochen. Wenn das alles bereits geplant und budgetiert ist, ist das Postulat überflüssig. Statt die Umsetzung zu beschleunigen, wird noch mehr Papier produziert. Wer den Notfall tatsächlich entlasten will, muss die erste Anlaufstelle stärken, nämlich die Hausärztinnen und Hausärzte sowie die Kinderärztinnen und Kinderärzte. Die kantonalen Daten zeigen, dass die Grundversorgerdichte unverändert kritisch ist und ein relevanter Teil der ambulanten, arbeitenden Ärzteschaft bereits im Rentenalter ist. Wenn Menschen in diesen Praxen keinen Platz finden, gehen sie dorthin, wo sie sicher Zugang erhalten, nämlich auf den Notfall und in Walk-in Praxen. Eine kantonale Kampagne ersetzt diese Versorgungskapazität nicht. Paramedizinische Angebote wie Beratungen in Apotheken und Telemedizin können eine sinnvolle Ergänzung sein. Aber eine solche Triage trägt auch Risiken. Wer das steuern will, muss Qualität und Verantwortlichkeiten verbindlich regeln, sonst generieren wir Fehltriagen, zusätzliche Mehrfachkontakte und letztlich höhere Gesamtkosten. Ich lade Sie alle gerne ein, an einem Sonntagnachmittag im Kinderspital mit mir zusammen Notfalldienst zu leisten. Dort bekomme ich von vielen Eltern zu hören, dass sie eigentlich nicht kommen wollten, aber am Beratungstelefon sei ihnen gesagt worden, dass eine Vorstellung notwendig sei. Ich fordere daher eine Stärkung der Haus- und Kinderarztmedizin. Der Ausbau von Triage- und paramedizinischen Strukturen ist nur dann sinnvoll, wenn verbindliche Qualitäts- und Sicherheitsstandards definiert sind. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Sabine Heselhaus: Das Postulat greift ein zentrales und fachlich gut belegtes Problem auf. Die Belastung der Notfallversorgung ist nicht primär ein Kapazitätsproblem, sondern in hohem Mass ein Steuerungs- und Präventionsproblem. Ein wesentlicher Faktor ist die unzureichende Gesundheitskompetenz in Teilen der Bevölkerung. Der Planungsbericht Gesundheitsversorgung des Kantons Luzern benennt genau diesen Punkt. Die zukunftsfähige Gesundheitsversorgung braucht eine Stärkung der Grundversorgung, eine Reduktion vermeidbarer Notfallkonsultationen und eine konsequente Ausrichtung auf Prävention. Das vorliegende Postulat ist in diesem Sinn folgerichtig und unterstützenswert. Gesundheitskompetenz ist eine messbare Ressource mit nachweisbarem Einfluss auf Inanspruchnahmeverhalten, Krankheitsverläufe und Gesundheitskosten. Höhere Gesundheitskompetenz führt zu weniger unnötigen Notfallkonsultation, besserer Selbststeuerung bei akuten Beschwerden und der früherer Nutzung geeigneter Versorgungsstrukturen. Die Stellungnahme des Regierungsrates bleibt auf fachlicher Sicht zu allgemein. Sie verweist auf bestehende Informationen und Strukturen, ohne klar zu belegen, wie deren Wirksamkeit überprüft wird. Genau hier besteht aus gesundheitspolitischer Sicht Handlungsbedarf. Besonders wichtig ist zudem die Gesundheitsbildung. Diese darf sich nicht auf punktuelle Informationskampagnen beschränken, sondern muss strukturell verankert werden, etwa über Schulen, Gemeinden, Integrationsprogramme, digitale Angebote und der Zusammenarbeit mit Apotheken und der Grundversorgung. Prävention wirkt dann am besten, wenn sie früh, kontinuierlich und zielgruppenspezifisch erfolgt. Ich unterstütze dieses Postulat deshalb ausdrücklich, verbunden mit der Erwartung, dass Prävention und Gesundheitskompetenz künftig als steuerbare und evaluierbare Kernaufgaben der kantonalen Gesundheitspolitik behandelt werden. Erlauben Sie mir eine Bemerkung: Heute Morgen kam die Meldung, dass sich die Luft in der Schweiz verschlechtert. Wir haben schlechtere Luft als

in Russland. Wir sind auch dafür verantwortlich, dass unsere Bevölkerung und gerade die Kinder nicht krank werden. Nur eine gesunde Umwelt schafft gesunde Menschen.

Beat Tanner: Die FDP-Fraktion teilt die Einschätzung der Postulantin, dass die Notfallstationen zunehmend von Personen mit nicht-akuten Beschwerden aufgesucht werden. Die Ursachen liegen häufig in der fehlenden Orientierung im Gesundheitssystem, den ungenügenden Informationen über alternative Angebote, den sprachlichen Barrieren oder der mangelnden Integration. Aus liberaler Sicht sind Informationen, Transparenz und das Gesundheitskonzept zentrale Voraussetzungen für die Eigenverantwortung. Gleichzeitig ist Zurückhaltung geboten, wenn der Staat damit beginnt, breit angelegte Lenkungs- und Verhaltensprogramme aufzubauen. Entscheidend ist daher nicht ob, sondern wie. Das Postulat ist für die FDP-Fraktion unterstützbar, sofern der Fokus klar auf gezielte Informationen, die Stärkung der Eigenverantwortung und der Nutzung bestehender Strukturen liegt. Neue staatliche Programme und zusätzlicher administrativer Aufwand oder dauerhafte Steuerungsinstrumente lehnen wir ab. Allfällige Massnahmen müssen schlank, wirkungsorientiert, verhältnismässig und kostenbewusst ausgestaltet sein. Der Regierungsrat zeigt im Planungsbericht Gesundheitsversorgung 2024 auf, dass diese Themen bereits mit konkreten Massnahmen, klarer strategischer Ausrichtung und gesicherter Finanzierung bearbeitet werden. Weiter hat der Bund bereits Massnahmen auf den Weg geschickt, die eine Verbesserung bringen sollen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates und stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Die Anliegen sollen im Rahmen der laufenden Umsetzung weitergeführt werden.

Tobias Lang: Das Postulat greift ein wichtiges Anliegen auf und bei den Massnahmen zum Planungsbericht Gesundheitsversorgung ist es richtig platziert. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung versteht, wie unser Gesundheitssystem funktioniert. Dort müssen wir ansetzen. Auch die Förderung der Gesundheitskompetenz ist ein wichtiger Pfeiler. Grundsätzlich müssen wir verstehen, weshalb unsere Notfallversorgungen belastet sind und mit gezielten Massnahmen Gegensteuer geben. Das kann auch sein, dass die Barriere bei der Primärversorgung, also beim Hausarzt, in den Gruppen- oder Notfallpraxen abgebaut werden müssen. Entsprechende Überlegungen müssen bei der detaillierten Ausgestaltung der Massnahmen aus dem Planungsbericht Gesundheit berücksichtigt werden. In diesem Sinn unterstützt die GLP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung.

Hannes Koch: Der Regierungsrat beantragt die teilweise Erheblicherklärung. Er beruft sich dabei auf die strategische Stossrichtung der integrierten Gesundheitsversorgung, sichere Grundversorgung und Inanspruchnahme und Eigenverantwortung, zu denen in den Jahren 2025 bis 2030 acht Massnahmen umgesetzt werden sollen. Die Grüne Fraktion unterstützt die strategischen Stossrichtungen wie auch die Massnahmen. Die Praxis zeigt aber, dass das leider nicht reicht. Die Zeit drängt. Wir sind deshalb für die Erheblicherklärung, weil wir der Überzeugung sind, dass der Regierungsrat bei der Umsetzung der Stossrichtung und den Massnahmen klar eine Führung übernehmen muss. Damit diese Massnahmen Wirkung zeigen können, muss nah bei der Bevölkerung angesetzt werden. Deshalb ist es zentral, und wie es die Regierung vorsieht, die Gemeinden bzw. die Planungsregionen gezielt mit einzubeziehen.

Pia Engler: Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Grundsätzlich hätte der Antrag auch auf Ablehnung wegen Erfüllung lauten können. Mir ist nicht klar, welches Ziel mit der teilweisen Erheblicherklärung verfolgt wird. Unserer Meinung nach ist es aber sehr wichtig, dass Prioritäten gesetzt werden. Wir haben über den Planungsbericht Gesundheitsversorgung diskutiert und Massnahmen festgelegt. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen finden wir klar, dass es Steuerungselemente braucht und wir neue schaffen

müssen. Es besteht ein hoher Druck. Wir sind auch mit dem Fachkräftemangel konfrontiert. Es gibt heute Familien, die keinen Kinderarzt haben und nicht wissen, wohin sie gehen sollen. Deshalb landen sie auch auf dem Notfall. Es ist sehr wichtig, jetzt zu kanalisieren, zu steuern und zu helfen, die Strukturen zu entlasten. Dazu braucht es unserer Meinung nach mehr Massnahmen und Steuerungselemente. Es kann nicht sein, dass wir nur mit Kampagnen wie «Gehen Sie nicht wegen jedem Bobo zum Arzt» mit DJ Bobo arbeiten. Das ist zu wenig. Wir müssen klar aufzeigen, wo die Alternativen sind, wenn wir nicht mehr genügend Kinderärzte haben. Es braucht klare Steuerungselemente, wenn wir die Strukturen nicht mehr ausbauen können.

Christian Meister: Ich muss eine Lanze für die Apotheken und Drogerien brechen, nachdem gesagt wurde, bei den niederschweligen Angeboten im Gesundheitsbereich bestehe ein Qualitätsproblem. Diese Aussage finde ich schwierig. Die Drogerien und Apotheken spielen eine wichtige Rolle bei der Entlastung des Gesundheitssystems. Wir tun sehr viel im Bereich Qualität. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Ja, wir sind gar nicht anderer Meinung als Ihr Rat. Die Notfallstationen sind stark belastet, und oft stellt sich die gleiche Frage, muss ich wirklich sofort in den Notfall oder gibt es einen besseren Weg? Genau hier setzt eine Massnahme im Planungsbericht Gesundheit bereits an. Im Planungsbericht Gesundheit haben wir die Massnahmen zeitlich gestaffelt, Sie finden diese im Planungsbericht auf Seite 162. Hier ist vorgesehen, dass bereits im Jahr 2025 damit begonnen wird, die Notfallversorgung als Projekt aufzuarbeiten. Wir gehen dieses Jahr live mit der neuen Notfalltriage-Nummer. Dabei geht es um die Triage von Patientinnen und Patienten und wir arbeiten sehr, sehr eng mit allen Akteuren zusammen. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass es nicht ganz anspruchslos ist, all die verschiedenen Meinungen und Player mit einzubeziehen, welche Telefonnummer man benutzt oder was mit all den Anbietern wie Medphone und Medgate geschieht. Wir werden sicher als Nächstes die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) informieren, wie die Umsetzung dieses Notfalltriagekonzepts funktioniert. Das heisst, wir haben bereits im Verlauf dieses Jahres eine Lösung, wie die Notfalltriage stattfindet. Bis die ersten Wirkungen erzielt werden, wird es einige Zeit dauern, weil wir Patientinnen und Patienten nicht dazu zwingen können, über diese Triage zu gehen. Vielmehr wird es Zeit brauchen, in der alle entsprechenden Gesundheitsfachpersonen darauf aufmerksam machen. Wir werden dies auch eng begleiten und die Wirkung dieser Notfalltriage anschauen. Das führt mich zum Thema der Gesundheitskompetenz und der Stärkung derselben. Das ist der Grund, weshalb der Regierungsrat die teilweise Erheblicherklärung beantragt, denn den ersten Teil erfüllen wir dieses Jahr. Der zweite Teil ist die Gesundheitskompetenz, Massnahme 7 des Planungsberichts. Es ist vorgesehen, dass diese erst 2027 in die Umsetzung geht. Jetzt befinden wir uns in der Projektierungsphase. Wir sind jetzt gerade dabei, in der Dienststelle Gesundheit, Abteilung Gesundheitsförderung, ein Projekt zu erarbeiten, wie die Gesundheitskompetenzen der Luzerner Bevölkerung gestärkt werden können. Um dies vorwegzunehmen: Nein, es geht uns nicht um eine weitere Plakatkampagne à la DJ Bobo, es geht uns hier tatsächlich um konkrete Handlungsanweisungen und Ideen, wie diese Gesundheitskompetenzen gesteuert und gefördert werden können. Wir beantragen die teilweise Erheblicherklärung, weil der Projektauftrag Anfang Januar von mir in Auftrag gegeben wurde. Wir gehen jetzt in die Projektierung und nächstes Jahr in die Umsetzung, so wie der Planungsbericht die Zeitvorgaben vorgegeben hat. In diesem Sinn ist unser Antrag auf teilweise Erheblicherklärung zu verstehen. Ich bitte Sie, unserem Antrag zu folgen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen

Erheblicherklärung mit 57 zu 48 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 73 zu 26 Stimmen erheblich.